

# Würdig altern – würdig arbeiten in Pflege und Betreuung

Im Juni 2013 inszenierte die Regisseurin Nina Gühlstorff mit den Mitteln des dokumentarischen Theaters im Stadttheater Bern einen Parcours mit dem Titel ›Beute Mensch‹. Anhand der Sage des Sennentuntschis – der Kreatur, die sich die Sennen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse schaffen – reflektiert die Regisseurin die modernen Formen der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft. Die Sexarbeiterin, die Betagtenbetreuerin aus Polen, die Haushaltshilfe aus dem globalen Süden, sie sind zu kleinem Preis rund um die Uhr verfügbar. Diese modernen Dienstmägde werden im globalisierten Markt der Güter und der Arbeitskräfte immer stärker zur Ware gemacht, die je nach Bedarf beschafft, transportiert, benutzt und wieder abgestossen wird. Die menschliche Arbeitskraft in der Postmoderne wird freigegeben für jegliche Art von Fremd- und Selbstaubeutung. Das gilt insbesondere für die zunehmende Zahl von Care-Arbeiterinnen in der Schweiz, die einen grossen Teil der gesellschaftlich unabdingbaren Betreuung und Pflege von abhängigen Personen erbringen und oft, jedoch nicht ausschliesslich, aus EU- oder Drittstaaten stammen.

Die transnationalen Care-Arbeiterinnen werden als Dienstleistungserbringerinnen eingekauft. Ihre Dienstleistung erbringen sie jedoch nicht als Kundenberaterinnen in modern eingerichteten Büros oder als Mobilephone-Verkäuferinnen in zentral gelegenen Verkaufsgeschäften, sondern in den Räumen von Privathaushalten, die dem Blick der Öffentlichkeit entzogen sind. Care-Arbeit ist immer Arbeit an, mit und für

Menschen. Sie gehört zu den traditionellen Aufgaben, die Frauen aufgrund ihrer ›Natur‹ zugeschrieben werden: Es wird erwartet, dass die Frauen diese Arbeit grundsätzlich unbezahlt, aus Liebe zu ihren Nächsten, erbringen. Wie andere weibliche Tätigkeiten sind auch diese Arbeiten unterbewertet, schlecht bezahlt, und es wird nicht anerkannt, dass professionelle Kompetenzen nötig sind, um sie zu leisten.

---

## **Bettina Dauwalder, Christine Michel, Mauro Moretto**

Bettina Dauwalder (\*1954), Gewerkschaftssekretärin VPOD, zuständig für den Gesundheitsbereich im Kanton Bern.

Christine Michel (\*1964), Branchen- und Gleichstellungssekretärin der Gewerkschaft Unia, Mitglied der Sektorleitung Dienstleistungsberufe.

Mauro Moretto (\*1965), stellvertretender Leiter des Sektors Dienstleistungsberufe der Unia.

Angesichts der demografischen Entwicklung und des Personalmangels bei den Pflege- und Betreuungsberufen stellt die gesellschaftliche Organisation von Care-Arbeit für ältere Menschen in der Schweiz eine grosse Herausforderung dar. Das zentrale Thema der von Denknetz, VPOD und Unia organisierten Tagung ›Würdig altern – würdig arbeiten in Pflege und Betreuung‹\* vom 3. Mai 2013 war, wie ein würdiges Altern mit würdigen Arbeitsbedingungen für die Pflegenden möglich ist. An der Tagung selber waren viele Beschäftigte aus dem Pflege- und Betreuungsbereich anwesend; dies ist gerade bei Care-Migrantinnen, die in Privathaushalten angestellt sind, alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Ihr Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen, der immer stärker sichtbar wird, soll denn auch einen gebührenden Platz in diesem Artikel bekommen. Wichtige Themen der an der Tagung geführten Diskussionen waren die Selbstorganisation, die Bildung von solidarischen Netzwerken, die konsequente Weiterentwicklung der rechtlichen Instrumente, aber auch die Förderung der gesellschaftspolitischen Diskussion über die Zukunftsmodelle für ein Altern in Würde.

### **Betreuerinnen wehren sich für bessere Arbeitsbedingungen**

Das öffentliche Interesse für die Betreuung betagter Menschen zuhause wie auch die Arbeitsbedingungen der Betreuerinnen ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass Zeitungen, Radio und Fernsehen darüber berichten. Besonders gross war die Resonanz auf den Beitrag ›Hilfe aus dem Osten – Pflegemigrantinnen in der Schweiz‹ aus der DOK-Reihe des Schweizer Fernsehens, der am 20. Juni 2013 ausgestrahlt wurde. Unter den vielen ZuschauerInnen, die mit einem Kommentar im SRF-Forum auf den DOK-Film reagiert haben, schrieb eine Person: »Hochachtung vor diesen Frauen, die diesen Aufwand betreiben. Und nur weil es in ihrem Land noch schwieriger ist zu überleben, werden sie hier unter Ihrer Leistung entlohnt. Jeder Politiker und viele Mitbürger könnten sich hier ein Beispiel nehmen, welche ja nur noch Kosten und Effizienz im Kopf haben und die hilfsbedürftigen Menschen nur noch als Sache sehen.«

Weniger bekannt ist, dass Betreuerinnen in Privathaushalten in verschiedenen Orten der Schweiz begonnen haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Sie treten aus ihrer meist durch Isolation geprägten Le-

\* Dieser Beitrag enthält Berichte, Positionen und Schlussfolgerungen der gleichnamigen Tagung von Denknetz, Unia und vpod am 3. Mai 2013 in Bern. Download der Tagungsreferate: [www.denknetz-online.ch](http://www.denknetz-online.ch) – Gender und Care-Arbeit – Bestandesaufnahmen.

bens- und Arbeitssituation heraus, um zusammen mit der Gewerkschaft bessere und geregelte Arbeitsbedingungen zu erreichen. An der Tagung vom 3. Mai 2013 gaben Vertreterinnen des Basler Netzwerkes RESPEKT@vpod und des Tessiner Unia-Kollektivs polnischer Betreuerinnen ergreifende Zeugnisse von ihrem – für Aussenstehende unvorstellbaren – Arbeitsalltag und von ihrem Kampf für Würde ab.

Eindrucklich schilderte Bozena Domanska, polnische Betreuerin pflegebedürftiger Menschen in Basel, ihren Einsatz buchstäblich rund um die Uhr: »Ich machte den Haushalt, war Betreuerin und Pflegerin und musste auch Psychologin sein. Ich hatte praktisch keine Freizeit, wenig Privatsphäre, war sozial isoliert und den Stimmungsschwankungen der zu pflegenden Person ausgesetzt. Zudem wurde ich in familiäre Konfliktsituationen hinein gezogen und musste schlichten. Wegen Erbstreitigkeiten habe ich dann zum Beispiel auch den Lohn nicht bekommen. Wo es nur ging, bin ich ausgebeutet worden. Alle vier Wochen bin ich nach Hause nach Polen gefahren, wo meine kranken Eltern ebenfalls Betreuung brauchen. Für mich bleibt gar keine Zeit mehr, obwohl ich auch ein bisschen davon brauchen würde.« Als sich Bozena Domanska gegen das ausbeuterische Arbeitsverhältnis gewehrt hat, wurde ihr gekündigt. Damit verlor sie als sogenannte ›live in‹, die mit der zu betreuenden Person im gleichen Haushalt lebt, auch das Dach über dem Kopf. Wie viele andere 24-Stunden-Betreuerinnen, war sie für 42 Stunden pro Woche angestellt. Das heisst, sie arbeitete an allen sieben Wochentagen, erhielt jeweils aber nur sechs Stunden pro Tag bezahlt. Die effektiv geleistete, tägliche Arbeitszeit mit Einsätzen in der Nacht sowie an Sonn- und Feiertagen war aber weit höher, und sie musste rund um die Uhr im Haushalt verfügbar sein. Für diesen Dauereinsatz erhielt sie einen Monatslohn von 3300 Franken. Die Schlichtungsstelle sprach ihr eine Nachzahlung von 7000 zu, die Hälfte der Summe, die sie eingefordert hatte. Ein Meilenstein ist die Klage, die eine Kollegin von Bozena Domanska – unterstützt vom vpod – gegen ihren ehemaligen Arbeitgeber, eine Prattler Zeitarbeitsfirma, eingereicht hat. Einen ersten Erfolg konnte sie im Schlichtungsverfahren verbuchen, wo ihr Nachzahlungen in der Höhe von 15'000 Franken zugesprochen wurden. Nun wird das Gericht in einem zweiten Schritt insbesondere darüber befinden müssen, wie viel die Abrufbereitschaft wert ist.

Das mutige Vorgehen der beiden Betreuerinnen in Basel hat viel in Bewegung gebracht und anderen Betreuerinnen in ähnlichen Situationen neue Perspektiven eröffnet. Am 13. Juni 2013 haben sich rund 40 Hausangestellte aus der Region Basel dem neu gegründeten Netzwerk RESPEKT@vpod angeschlossen. Die Frauen leisten mehrheitlich über

profitorientierte Spitex-Firmen ihren Einsatz in Privathaushalten. In Basel haben diese Firmen einen Marktanteil von 30 Prozent gegenüber rund 10 Prozent im nationalen Durchschnitt. Im Netzwerk RE-SPEKT@vpod tauschen die Betreuerinnen ihre Erfahrungen aus und erhalten Rechtsberatung und Unterstützung bei der Durchsetzung fairer Arbeitsbedingungen, wenn nötig vor Gericht. Das Netzwerk will aber auch durch Aus- und Weiterbildung den Zugang zu ordentlichen Stellen in der Langzeitpflege eröffnen.

Angesichts der Berichte der polnischen Betreuerinnen aus dem Tessin fallen Begriffe wie moderne Sklaverei oder Leibeigenschaft. Was viele von ihnen erleben, ist ein gesellschaftlicher Skandal mit unfassbaren Dimensionen. Definitiv aufgerüttelt und empört haben 2011 zwei Fälle, in denen die Arbeits- und Lebensumstände zwei Betreuerinnen zur extremsten Verzweiflungstat getrieben haben: Sie nahmen sich das Leben, weil sie den unmenschlichen Druck nicht mehr ertrugen. Anders als die polnischen Betreuerinnen in Basel, die regelmässig während längerer arbeitsfreier Perioden in ihr Heimatland zurückkehren können, müssen jene im Tessin bis auf einen Monat pro Jahr praktisch ununterbrochen für die betreuten Menschen da sein. Psychische und physische Übergriffe kommen immer wieder vor. Neben, wie üblich, sehr tiefen Löhnen, endlosen Arbeitstagen und fehlenden Ruhezeiten werden häufig grundlegende Menschenrechte in Frage gestellt oder verletzt. Drei Beispiele aus einer endlosen Reihe von erniedrigenden Fällen: Eine Betreuerin musste sich regelmässig Esspakete von ihrer Familie aus Polen schicken lassen, weil es zu wenig Essen gab. Eine andere hatte 30 Franken pro Woche zur Verfügung, um Essen für die betreute Person und für sich zu kaufen. Eine dritte durfte sich nur einmal pro Woche waschen, weil das Wasser zu teuer sei.

Die Selbstmorde ihrer Kolleginnen haben die polnischen Betreuerinnen im Tessin dazu gebracht, sich gemeinsam zu wehren und Hilfe bei der Unia zu suchen. Sehr schnell haben sie mit der Unterstützung der Gewerkschaft ein funktionierendes Kollektiv gebildet und sich gegenseitig die Kraft gegeben, um entschlossen für ihre Anliegen zu kämpfen. Es gibt regelmässige Treffen mit SekretärInnen der Unia, an denen bis zu 70 Betreuerinnen teilnehmen. Erleichtert wird die Verständigung durch einen polnischen Unia-Sekretär. Ein starkes Zeichen seines noch jungen Kampfes hat das Kollektiv auch an der 1.-Mai-Kundgebung mit einem eigenen Transparent gesetzt. Die Aufschrift »Dignità e contratto per le badanti« (»Würde und Gesamtarbeitsvertrag für die Betagtenbetreuerinnen«). Das Kollektiv hat die Forderungen definiert und eine Delegation gewählt, die zusammen mit Unia-Vertretern daran ist, einen

kantonalen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) mit den Behörden und den Vermittlungsagenturen zu verhandeln. Ein GAV löst aber nicht alle Probleme. So brauchen die Betreuerinnen beispielsweise Unterkünfte, die sie kurzfristig erreichen können, wenn ein Verbleib im Haushalt nicht mehr zumutbar ist oder ihnen von einem Tag auf den anderen gekündigt wird.

### **Regeln für die Beschäftigung im Privathaushalt**

Es ist offenkundig, dass bei den meisten Betagtenbetreuerinnen das Prinzip des modernen Arbeitsvertrags »Geld für geleistete Zeit« untergraben wird. Von »live ins« wird erwartet, dass sie ihre »Freizeit« ebenfalls im Haus des Arbeitgebers und in ständiger Rufbereitschaft verbringen. Dass die Aufgabe, einer betagten Person Gesellschaft zu leisten, überhaupt als Arbeit gilt, wird zudem grundsätzlich in Frage gestellt. Dieses Umbiegen des Begriffs Arbeitszeit illustriert ein Zitat aus der Homepage einer Vermittlungsagentur: »Grundsätzlich stellt sich die Frage: Was ist Arbeitszeit? Ist Arbeitszeit nur die reine Ausübung von Tätigkeiten oder ist die Anwesenheit auch Arbeitszeit? (...) Das Konzept ist die flexible Arbeitszeit. Es handelt sich hierbei um eine Haushaltshilfe und Betreuung, die eine Rufbereitschaft in der Nacht einschliesst. Es wird davon ausgegangen, dass die Dienstleistung in ca. 42 Stunden pro Woche zu erbringen ist. (...) Jeder Mensch hat einen Tagesrhythmus. Unsere Betreuerinnen passen sich dem Ihrigen an. Je besser die Rahmenbedingungen, desto besser die Motivation« (Zitat aus »Fragen&Antworten« auf der Schweizer Homepage von McCare – gute Pflege muss nicht teuer sein. Zugriff 1.7.2013).

Die Regelung der Arbeitszeiten bildet ein zentrales Element bei der Bekämpfung der weitgehend unregulierten und in mehrfachem Sinne als prekär zu bezeichnenden Arbeitsverhältnisse von Betreuerinnen im Privathaushalt. Zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen muss die Arbeit an folgenden Ansätzen vorangetrieben werden:

#### **• Verlängerung des NAV Hauswirtschaft**

Der 2011 für drei Jahre in Kraft gesetzte Normalarbeitsvertrag (NAV) Hauswirtschaft muss zwingend verlängert werden. Im Rahmen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit erhielt der Staat die Möglichkeit, NAVs mit zwingenden Mindestlöhnen zu erlassen, wenn in einer Branche wiederholte Lohnunterbietung nachgewiesen ist. Im Bereich der Hausangestellten ist dies erwiesenermassen der Fall. Mit dem einzigen staatlich festgelegten Mindestlohn in der Schweiz wird eine wirksame Schwelle gegen Lohnunterbietungen errichtet. Gleichzei-

tig gilt es jedoch auch die Diskussion über eine Erhöhung der Löhne zu führen, da die wahrgenommenen Betreuungs- und Pflegeaufgaben weit über den Bereich der Hauswirtschaft hinausgehen und hohen Anforderungen an Sozialkompetenz und Selbstorganisation genügen müssen.

#### • **Ratifizierung der ILO-Konvention 189**

Die ILO-Konvention 189 zum Schutz der Hausangestellten, die ebenfalls 2011 verabschiedet wurde, soll von der Schweiz keinesfalls nur aus Gründen der internationalen Solidarität ratifiziert werden. Der Schutz von Hausangestellten, Kinder- und Betagtenbetreuerinnen in Privathaushalten ist auch und gerade angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen in der Schweiz von brennender Aktualität. Die ILO-Konvention fordert insbesondere, dass das arbeitsrechtliche Instrumentarium in diesem Bereich voll zur Anwendung kommt. Sie zielt auf eine Gleichbehandlung aller Arbeitnehmenden und damit auf eine Normalisierung der Arbeitsverhältnisse ab. Auch Hausangestellte sollen von ihrem Lohn leben und sich eine eigene Existenz aufbauen können. Hausangestellten soll mindestens ein freier Tag pro Woche zur Verfügung stehen, Ruhezeiten sollen eingehalten und Bereitschaftsdienste entschädigt werden.

#### • **Unterstellung der Beschäftigten unter das Arbeitsgesetz**

Der Haushalt ist vom Geltungsbereich des Schweizer Arbeitsgesetzes ausgenommen. Die Begründung lautet, Kontrollen in diesem Bereich seien schwierig durchzuführen und bedeuteten einen Eingriff in die Privatsphäre. Diese Überlegungen sind nicht mehr zeitgemäss, und der Staat macht es sich damit zu einfach. Er kann nicht einerseits den Grundsatz »ambulant vor stationär« propagieren und sich andererseits nicht um die Situation von Beschäftigten in Privathaushalten kümmern.

#### • **Regelungen der Spitex als Benchmark für GAVs**

Weitergehende Bestimmungen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, können in Gesamtarbeitsverträgen geregelt werden. Beschäftigte im Bereich der privaten Betreuungsarbeit wünschen sich neben besseren Löhnen und der Einhaltung der Arbeitszeiten gesicherte Arbeitsverhältnisse mit Festanstellungen, qualifizierende Weiterbildungen und einen institutionalisierten Austausch über schwierige Betreuungssituationen. Die Gewährleistung einer spitalexternen Betreuung gehört zum Service public, obwohl leider auch die öffentliche Spitex zunehmend unter Druck gerät. Das Eindringen profitorientierter Agenturen auf den Betreuungsmarkt darf nicht dazu führen, dass sich die Arbeitsverhältnisse in diesen typischen Frauenberufen weiter verschlechtern. Eine Regelung der Arbeitsbedingungen muss sich an den öffentlich-rechtlichen Anstellungsbedingungen in der Betreuung und Pflege orientieren.

## Läbe deheim – läbe im Heim

Wer sich aus linker gewerkschaftlicher Sicht mit den Fragen des Alters auseinandersetzt, muss sich nicht nur mit den Arbeitsbedingungen der Pflegenden und Betreuenden beschäftigen, sondern auch mit der Frage, wie eine solidarische Gesellschaft für die Betagten ein würdiges Alter ermöglicht. Für uns alle stellt sich früher oder später die Frage, wie wir altern möchten, wie unser Leben aussehen wird, wenn wir hochbetagt sind und unter Umständen nicht mehr selbstständig weiterleben können. Alle Umfragen, die es bis jetzt gibt, zeigen auf, dass die meisten Befragten als alte Menschen zu Hause bleiben möchten und dort – möglichst gut und rund um die Uhr betreut – auch sterben wollen. Der Fachkräftemangel in der Schweiz und in anderen westeuropäischen Staaten setzt diesem Wunsch jedoch Grenzen. Vor allem dann, wenn nicht einfach Migrantinnen diese Aufgabe zu einem möglichst tiefen Preis übernehmen sollen. In Ansätzen werden alternative Wege erprobt, um ein Altern in Würde zu ermöglichen. In den Niederlanden haben sich Pflegefachleute für die ambulante Pflege zu Netzen zusammengeschlossen. Im Modell »Buurtzorg« wenden die professionell Pflegenden einen Teil ihrer Arbeitszeit dafür auf, in der Wohnumgebung der Betreuten Netze zu den anderen Bewohnerinnen und Bewohnern zu spannen. Damit soll ein Teil der Betreuung über Nachbarschaftshilfe geleistet werden. Gleichzeitig soll damit vermieden werden, dass der Kontakt der Betagten nach aussen abreisst und Einsamkeit und Verwahrlosung sich breit machen (beides ist schädlich für die physische und psychische Gesundheit).

Offen bleibt die Frage, ob sich Männer und Frauen zu gleichen Teilen an dieser Nachbarschaftshilfe beteiligen. Denn in der Schweiz zeigen die wenigen Zahlen, die es gibt, dass zum Beispiel pflegende Angehörige überwiegend Frauen sind. Berufstätige Frauen werden aber in Zukunft nicht mehr im selben Umfang die Pflege und Betreuung von Eltern oder kranken Nachbarn übernehmen können – oder übernehmen wollen.

Weil individuelle Lösungen nicht für alle möglich und vielleicht auch nicht immer sinnvoll sind, werden Wege für ein würdiges Leben im Kollektiv gesucht. Hier bieten sich Alters- und Pflegeheime an. Aber diese Institutionen haben bei uns einen schlechten Ruf. Sie gelten als zu teuer und schlecht geführt. Viele betagte Menschen ziehen einen Heimeintritt nur noch als letzte Station zum Sterben im Betracht. Soll das Leben im Heim eine Alternative sein, müssen diese finanziell so alimentiert werden, dass genügend und richtig qualifiziertes Fachpersonal gefunden und zu anständigen Bedingungen angestellt werden kann. Darüber hinaus müssen Heime sich öffnen und Teil einer integrierten



Versorgung werden. Das versucht das Betagtenzentrum in Laupen (Kanton Bern). Spitex und Heim befinden sich im selben Haus und unterstehen der gleichen Leitung. Betagte, die ins Heim eintreten, kennen also meistens die Spitex-Mitarbeitenden und begrüßen sie als alte Bekannte. Mit Ferienplätzen und Tagesangeboten sollen die Barrieren zwischen dem Leben daheim und dem Leben im Heim zusätzlich abgebaut werden. Solche Projekte, die eine Kette zwischen der ambulanten Hilfe zu Hause und den stationären Institutionen vorsehen, sind sicher zukunftsweisend. Will ein Heim aber Hand bieten für Formen, die individuelle Wünsche der Betagten zulassen, so braucht es wie gesagt die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen.

Über die mit den Alternativmodellen einzuschlagende Richtung gibt es in der Diskussion jedoch keine Einigkeit: Die einen fordern, dass mit Hilfe des Staates individuelle Lösungen in der eigenen Wohnung möglich sein müssen. Andere sehen Lösungen in Wohngemeinschaften. Auf einige Skepsis stösst der Vorschlag, frühere Heimeintritte ins Auge zu fassen, damit das Heim ein Ort zum Leben und nicht nur zum Sterben sein kann. Die Linke muss diese Diskussion weiter führen. Dabei sind die von der Politik vorgebrachten Lösungsvorschläge, die auf Hilfe zur Selbsthilfe zielen, immer unter dem Aspekt der Geschlechterfrage und der Privatisierung von Pflege kritisch zu hinterfragen. Wir müssen die Frage nach der Rolle der Gesellschaft und des Staates sowie der Finanzierung durch die öffentliche Hand in unsere Überlegungen einbeziehen. Wir sind aber auch aufgefordert, den omnipräsenten Wunsch des Individuums nach dem Leben daheim kritisch zu durchleuchten.